

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Zugestellt durch post.at

Nummer 247
Jänner 2017

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Budget 2017
- 0 Seniorenheim Wegwarte
- 0 Gestaltung Hauptplatz
- 0 KPÖ-Sozialfonds

Was ein Kind braucht

Wenn ein Kind geboren ist,
braucht es eine Wohnung,
Kleider, eine Spielzeugkist,
Bonbons als Belohnung.
Murmeln und ein eigenes Bett,
einen Kindergarten, Bücher
und ein Schaukelbrett,
Tiere aller Arten.

Wälder, Wiesen, eine Stadt,
Sommer, Regen, Winter,
Flieger, Schiffe und ein Rad,
viele andre Kinder.
Mann und Frau, die Arbeit haben,
klug Vater und Mutter,
Länder, wo es Frieden gibt
und auch Brot und Butter.

Wenn ein Kind nichts davon hat,
kann`s nicht menschlich werden.
Dass ein Kind das alles hat,
sind wir hier auf Erden.

Peter Maiwald



Renate Pacher



Franz Moharitsch



Sonja Karimi



Sylvia Lammer



Elvir Kujovic



*Mit diesem Gedicht wünschen wir allen Knittelfelderinnen
und Knittelfeldern alles Gute für 2017
Gesundheit, soziale Sicherheit und Frieden!*

Ihre KPÖ-GemeinderätInnen und die KPÖ-Knittelfeld

Der Widerstand geht weiter!

jetzt
unter-
schreiben

**GEGEN
TTIP
CETA & TiSA**

www.volksbegehren.jetzt

**Eintragungswoche:
23. bis 30. Jänner 2017**
auf Ihrer Gemeinde/
Ihrem Magistrat

23. bis 30.Jänner:

**Volksbegehren gegen TTIP, CETA und TiSA!
Unterschreiben Sie am Gemeindeamt**

Wir lehnen diese Handelsabkommen ab, weil ...

- ... die Verhandlungen völlig undurchsichtig sind.
- ... dadurch der Druck auf die Landwirtschaft und auf die arbeitenden Menschen erhöht wird.
- ... durch internationale Schiedsgerichte der österreichische Rechtsstaat ausgehöhlt wird.
- ... der Druck für Privatisierungen größer wird.
- ... wir schon bisher Handel betrieben haben und diese weiteren Abkommen nur den Großkonzernen und der Agrar- und Lebensmittelindustrie nutzen.

Die Homepage der BetreiberInnen des Volksbegehrens:

<http://www.volksbegehren.jetzt>

Seniorenheim Wegwarte: Karussell der Pflegekonzerne

Im Jahr 2003 wurde im Gemeinderat der Grundsatzbeschluss zur Wegwarte-Konstruktion gefasst. Die Gemeinde hat ihre eigenes Pflegeheim geschlossen. Ein Vertrag mit der privaten, gewinnorientierten Kräutergarten-Gruppe wurde abgeschlossen. Das waren damals der FPÖ-Politiker Harald Fischl und Gerhard Moser, Sohn des ehemaligen SPÖ-Ministers. Die KPÖ hat als einzige Partei dagegen gestimmt.

Seitdem gab es einen regen Eigentümerwechsel. Zuerst verließ Gerhard Moser die Kräutergarten-Gruppe. Dann verkaufte Harald Fischl die Eigentumsrechte an den deutschen IMMAC Immobilienfonds. Die Pflegeleistungen wurden weiterhin von der Kräutergarten-Gruppe erbracht. Dann übernahm die SeneCura Gruppe die Pflegeleistungen. Die SeneCura ist seit einiger Zeit im Eigentum des ORFEA-Konzerns.

ORFEA ist ein europaweit tätiger, börsennotierter französischer Pflegekonzern. Der Aktienkurs von ORFEA ist in den letzten fünf Jahren um rund 186(!)% gestiegen. All diese Privatinvestoren haben sich bei der Wegwarte beteiligt, weil sie offensichtlich in der Pflege gute Gewinnmöglichkeiten sahen. Denn egal wer der Besitzer ist, eines bleibt immer gleich: Die hohe Summe an „Managementfee“ (pauschale Vergütung), die laut Vertrag aus den Erträgen des Heims an die privaten Betreiber fließt: Für das Jahr 2017 ist dafür die stolze Summe von rund 673.000 Euro eingeplant.

Wegwarte: Leugnung der Verantwortung

Wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung dem Wegwarte-Budget nicht zugestimmt. Denn wir können keinem Voranschlag zustimmen, der eine derart hohe Managementfee für private Betreiber vorsieht.

Daraufhin stellt Bürgermeister Gerald Schmid das Ganze als „Altlast“ dar, auf die er keinen Einfluß gehabt habe, mit der niemand zufrieden, aber für die niemand im jetzigen Gemeinderat verantwortlich sei. Doch hier macht man es sich zu einfach.

Wir haben im Protokoll von 2003 nachgesehen: Folgende GemeinderätInnen, die auch heute noch im Gemeinderat sind, haben dieser Konstruktion und den Verträgen zugestimmt: **Gerald Schmid, Guido Zeilinger, Edith Pirker, Erwin Schabhüttl und Barbara Großschädl.** Einige davon sind nun in den höchsten Gemeindefunktionen. Nun wollen sie offensichtlich nicht mehr zu ihrer Verantwortung stehen.

Jetzt wird der ganze Vertrag auch rechtlich als Fehler eingeschätzt - doch damals hätte man die Stimme erheben sollen. Nicht nur, dass alle Gemeinderäte von SPÖ, ÖVP und FPÖ der Wegwarte-Konstruktion und den Verträgen zugestimmt haben. Die Entscheidung wurde über die Jahre hinweg auch vehement gegen



Seniorenheim Wegwarte: Derzeit ist noch ein deutscher Immobilienfonds der Eigentümer. Die Pflegeleistungen werden von der privaten SeneCura Gruppe erbracht. Diese steht selbst im Eigentum des französischen Pflegekonzerns ORPEA.

Die Wegwarte-Konstruktion hat es letztlich ermöglicht, dass ein französischer Großkonzern im Knittelfelder Pflegebereich Fuß fassen konnte. Neben der hohen Managementfee sieht der Vertrag auch vor, dass die ganze Haftung bei der Stadtgemeinde liegt. Seitens der Gemeinde wurden Schritte eingeleitet diese Haftung durch eine Änderung der Rechtsform zu begrenzen. Dafür war die Beiziehung eines teuren Rechtsexperten nötig. Nach letzter Information ist diese Änderung noch nicht vollzogen. Auf unsere Anfrage berichtete der Vertreter der SeneCura, dass die Absicht besteht die Eigentumsrechte an der Wegwarte vom deutschen Immobilienfonds zu erwerben.

unsere Kritik verteidigt. Wir haben im Gemeinderat eindringlich vor dieser Konstruktion gewarnt. Über die Jahre hinweg haben wir im Gemeinderat und in unserer Zeitung auf die negativen Seiten hingewiesen. Jedesmal wurde das Ganze als die beste aller Lösungen verteidigt.

Gewinnstreben hat in der Pflege nichts verloren!

Plötzlich - nach dem Bürgermeisterwechsel - wird die Wegwarte-Konstruktion nun als ungewollte Erbschaft hingestellt. Für die KPÖ war das von Beginn an ein großer sozialpolitischer Fehler. Denn die Pflege von Menschen darf nicht für das Gewinnstreben privater Betreiber geöffnet werden. Das hätte auch im Jahr 2003 schon klar sein müssen.

Knittelfelder

NACHRICHTEN

Herzlichen Dank

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617



Die Wohnbeihilfe tun sie streichen...



Ganz im Zeichen des Widerstandes gegen die Verschlechterung der Wohnbeihilfe stand die Krampusaktion der KPÖ. In mehreren Städten, so auch in Knittelfeld, wurden Schokokrampus und Krampuskarten verteilt.

Aus dem Gemeinderat

Neuer Hautarzt, neue Apotheke

Der Bürgermeister berichtete, dass als Nachfolger für den in Pension gehenden Dr. Karl Zeller ein neuer Hautarzt nach Knittelfeld kommen wird. Ebenso wurde berichtet, dass im Bereich des neuen Fachmarktzentrums eine neue Apotheke errichtet wird.

Hausverkauf

Das gemeindeeigene Wohnhaus Friedensstraße 14 wurde um 42.300 Euro an Herrn Patrick Wieser verkauft. Der Kaufpreis wurde aufgrund eines Schätzgutachtens festgelegt.

Morasutti-Parkplatz

Die OWG hat den in Privateigentum befindlichen Morasutti-Parkplatz gekauft. Da die OWG mit der Bebauung des Grundstückes noch einige Jahre warten will, wurde das Gelände in der Zwischenzeit von der

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Internetadresse:

www.kpoe-steiermark.at

E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 144, 8720 Knittelfeld

Gemeinde angemietet. Der jährliche Mietzins beträgt 3.600 Euro zuzüglich USt.

Wirtschaftsförderungen

Für die Radwerkstatt Bernd Willibald wurde ein Zuschuss in der Höhe von 1.640 Euro für getätigte Investitionen beschlossen. Die Firma „Brooklyn Fashion“ erhielt eine Förderung von 1.050 Euro als Bau- und Investitionszuschuss.

Mietvertrag Eisenbahnmuseum

Die bestehenden drei Mietverträge der Gemeinde mit der ÖBB für die Räumlichkeiten und Freiflächen des Eisenbahnmuseums wurden zu einem Vertrag zusammengeführt. Von den ÖBB konnte eine Mietzinssenkung von rund 800 Euro im Monat erreicht werden. Die neue Miete, die von der Gemeinde bezahlt wird, beträgt nun rund 1.530 Euro im Monat zuzüglich Umsatzsteuer und Betriebskosten. Die Mietzinssenkung ist sehr erfreulich.

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Das Budget der Gemeinde für 2017

Die Entwicklungen der letzten Jahre (Zahlen gerundet)

	2013*	2014*	2015*	2016**	2017**
Ordentlicher Haushalt					
Einnahmen	32,5 Mio.	33,6 Mio.	33,4 Mio.	34,5 Mio.	31,973 Mio.
Ausgaben	31,4 Mio.	32,7 Mio.	32,3 Mio.	34,3 Mio.	31,936 Mio.
Überschuss	1,1 Mio.	0,9 Mio.	1,1 Mio.	0,2 Mio.	0,037 Mio.

* Rechnungsabschluss, ** Budget

Dass die Finanzlage unserer Gemeinde nicht allzu rosig ist, sieht man schon auf den ersten Blick. Für 2017 sind nur mehr Einnahmen von knapp 32 Millionen Euro und ein Überschuss von knapp 37.000 Euro vorgesehen. Zum Vergleich: 2015 lagen die Einnahmen bei rund 33,4 Millionen, und es gab einen Überschuss von etwa 1,1 Millionen Euro. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Wo bleiben die versprochenen finanziellen Vorteile der Gemeindezusammenlegung?

Im Jahr 2014, vor der Gemeindezusammenlegung mit Apfelberg, hatte die Gemeinde Knittelfeld Einnahmen von rund 33,6 Mio. Euro. Also um rund 1,6 Millionen Euro mehr als die jetzt größere Gemeinde. Somit stellt sich die Frage, wo denn nun die versprochenen und viel gepriesenen finanziellen Vorteile der Gemeindezusammenlegung sind? Im Knittelfelder Budget sind sie jedenfalls nicht abzulesen.

Die Gemeinden bekommen von Bund und Land nicht die nötigen Geldmittel, um die vorgeschriebenen Aufgaben gut bewältigen zu können. So steigen die Ausgaben für den Sozialhilfeverband im nächsten Jahr um rund 640.000 Euro, über die Ertragsanteile (Steuern, die wir vom Bund bekommen) werden wir aber nur um rund 155.000 Euro mehr erhalten.



Allein diese Zahlen zeigen, dass der ausverhandelte Finanzausgleich für die Gemeinden völlig ungenügend ist. Im Vorfeld wurde viel gefordert, es gab Resolutionen, es wurde auf den Tisch geklopft - und dann sind die Gemeinden wieder eingeknickt. 500 Millionen mehr wurden gefordert. 300 Millionen sind es geworden - Geld, das sich die Gemeinden aber mit den Ländern teilen müssen.

Steiermark weiter benachteiligt, Vermögenssteuer kein Thema

Auch die finanzielle Benachteiligung der Steiermark gegenüber anderen Bundesländern (einige Bundesländer bekommen pro Einwohner mehr Geld vom Bund als andere) wurde nicht beseitigt. Leider war

auch die so dringend notwendige Besteuerung von Vermögen und Gewinnen überhaupt kein Thema bei den Finanzausgleichsverhandlungen.

Die KPÖ hat den Voranschlag für 2017 abgelehnt. Ein wesentlicher Grund dafür ist der politische Protest gegen die Unterfinanzierung der Gemeinden und den falschen Finanzausgleich. Denn wenn alles immer einstimmig beschlossen wird, und es keinen Protest gibt, wird der Eindruck erweckt, dass alles in Ordnung sei - und das ist in der Frage der finanziellen Ausstattung der Gemeinden leider überhaupt nicht der Fall.

Aber es gibt auch „hausgemachte“ Entwicklungen im Budget, mit denen wir nicht einverstanden sind:

Bezirksgericht

Der Kauf des Bezirksgerichtes, aber vor allem jene 360.000 Euro, die die Gemeinde mehr dafür bezahlt hat als die Vorbesitzer, belasten natürlich dieses Budget, und die Haushalte der kommenden Jahre. Die KPÖ war mit diesem Kauf nicht einverstanden.

Gärtnerei

Die Budgetposten für den Verkaufsbetrieb der Städtischen Gärtnerei sind durch die Schließung aus dem Budget verschwunden. Wir bedauern es sehr, dass das von uns vorgeschlagene Alternativprojekt mit alten Pflanzensorten nicht ernsthaft geprüft wurde. Nicht einmal der kostenlos angebotene Gesprächstermin mit Frau DI Katharina Dianat, der Obfrau der ARGE Streuobst, wurde wahrgenommen. Das ist wirklich schade. Das hätte ein Zukunftsprojekt werden können, das auch Aussicht auf EU-Förderungen gehabt hätte.

Mehr Dienstposten

Positiv ist uns aufgefallen, dass es gegenüber dem Vorjahr um sechs Dienstposten mehr bei der Gemeinde gibt. In den vergangenen Jahren haben wir die Personaleinsparungen kritisiert. Das ist nun ein begrüßenswertes Zeichen der Gemeinde für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Leiharbeit

Nicht einverstanden sind wir aber mit den Budgetposten „Aushilfen Personalleasing“, die leider öfter aufscheinen. Wir sind der Meinung, es ist Aufgabe der öffentlichen Hand, gut bezahlte dauerhafte Arbeitsverhältnisse anzubieten, anstatt Leiharbeit zuzukaufen.

Bürgermeister-Vollanstellung

Auch dass der Bürgermeister zusätzlich auf der Gemeinde eine Vollzeitanzustellung als Controller und

Fortsetzung ➡

Fortsetzung ↷

Projektentwickler hat, ist für uns nach wie vor nicht akzeptabel. Unverständlich ist uns auch, dass trotz dieses Dienstpostens sehr viele Aufträge an Projektentwicklungs- und Beratungsfirmen vergeben werden.

Mehr Geld für**TV- und Radioberichterstattung**

Wir würden uns die Anhebung bestimmter Sozialleistungen, wie z.B. des Heizkostenzuschusses, wünschen. Es ist uns unverständlich, dass unser Antrag auf

Erhöhung des Heizkostenzuschusses von 60 auf 100 Euro von allen anderen Fraktionen mit der Begründung abgelehnt wurde, das könne sich die Gemeinde nicht leisten.

Zum Vergleich: Im Budget 2017, dem alle anderen Parteien außer der KPÖ zugestimmt haben, sind nun 20.200 Euro, statt wie bisher 15.500 Euro, für TV- und Radioberichterstattung vorgesehen. Wobei schon 15.500 Euro eine stolze Summe sind, aber nun werden es gleich um rund 30 Prozent mehr! - Das kann man sich offensichtlich leisten.

Hauptplatz: Architektenwettbewerb und viele Bedenken

Ein Architekturwettbewerb zur Gestaltung der Innenstadt wurde ausgeschrieben. Vier Büros wurden eingeladen, Ideen auszuarbeiten. Zuerst einmal geht es um die Neugestaltung des Hauptplatzes. Am 23. Jänner werden die Projekte einer Jury vorgestellt.

Hier wurden bereits wichtige Weichenstellungen getroffen, die bei uns einiges an Unbehagen ausgelöst haben. Deshalb hat die KPÖ Ende Oktober um einen Termin beim Bürgermeister angefragt. Mitte Dezember kam es dann zu einem Gespräch, an dem auch Gemeinderäte der anderen Fraktionen und der mit der Leitung des Wettbewerbs beauftragte Architekt DI Günter Reisner teilnahmen.

Mitte Oktober wurden die vier ausgewählten Architektenbüros nach Knittelfeld eingeladen. Leider gab es im Vorfeld kein Gespräch mit den anderen Gemeinderatsfraktionen. So waren einige Informationen, die bei diesem Treffen vom Bürgermeister und vom Finanzreferenten weitergegeben wurden, für uns völlig neu und in keiner Weise vorbesprochen und mitgestaltet:

Die Bedenken der KPÖ

↷ **Nur** eine kleine Jury entscheidet über die Grundlage der Gestaltung des Hauptplatzes. Unserer Meinung nach gehören bei einer so wichtigen Entscheidung, die für die kommenden Jahrzehnte Bestand hat, sowohl der Gemeinderat, als auch die Bevölkerung und die Bewohner des Hauptplatzes eingebunden. Es ist die Bevölkerung, die mit ihren Steuern den Umbau finanziert, und die Bevölkerung und die Anwohner müssen mit der Neugestaltung leben - deshalb sollten sie auch in die Entscheidung eingebunden werden.

Nur eine kleine Jury entscheidet

Die vier Projekte werden einer Jury und einem beratenden Expertenteam vorgestellt. Stimmberechtigt sind aber nur die Mitglieder der Jury. Diese besteht aus den Mitgliedern des Stadtrates (sieben Personen) und zwei ExpertInnen. Die Jury wählt das Siegerprojekt, welches dann die Grundlage der Neugestaltung des Hauptplatzes ist.

↷ **Wir** hätten uns erwartet, dass über die wichtige Entscheidung, ob der Hauptplatz autofrei wird, breit diskutiert wird. Die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens hätten zumindest dem Gemeinderat vorgestellt werden müssen.

Der Hauptplatz wird nicht autofrei

Planungsvorgabe ist, dass der Hauptplatz für den Verkehr befahrbar bleiben muss. Es soll möglich sein den Hauptplatz bei Veranstaltungen zur Hälfte oder zur Gänze für den Verkehr zu sperren, ansonsten soll der Hauptplatz weiterhin in eine Richtung befahrbar bleiben. Ein Verkehrsgutachten wurde in Auftrag gegeben, und diese Variante sei als die beste erachtet worden. Die Ergebnisse dieses Gutachtens wurden niemals im Gemeinderat oder im Stadtrat präsentiert.

↷ **Vier** Millionen Euro sind eine gewaltige Summe, und hier geht es nur um den Hauptplatz. Die Finanzlage der Gemeinde ist nicht allzu rosig, (siehe Bericht Seite 4). Die Millionen für den Hauptplatz werden bei anderen Gemeindeleistungen fehlen. Für uns stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, eine so hohe Summe in die Umgestaltung zu stecken.

Budgetrahmen von vier Millionen Euro

Auf die Frage, in welchem finanziellen Rahmen die Planung erfolgen sollte, erklärte Finanzreferent Harald Bergmann, für die Neugestaltung (**nur für den Hauptplatz**) seien vier Millionen Euro vorgesehen. Später sollen dann die anderen Bereiche der Innenstadt folgen. Der Bürgermeister erklärte, die einzige Vorgabe sei der Erhalt der Pestsäule, alle anderen Baulichkeiten am Hauptplatz stünden zur Disposition, der Rest könne also frei gestaltet werden.

Im Gespräch haben wir unsere Bedenken vorgebracht. DI Reisner erklärte, diese Art der Jury sei eine übliche Vorgangsweise. Die Kosten des Projekts könnten erst ermittelt werden, wenn klar sei was gemacht werde.

In der Vergangenheit haben wir oft erlebt, dass Bedenken, die wir vorgebracht haben, ignoriert oder lächerlich gemacht wurden. Im Lauf der Jahre haben wir aber in vielen Fragen Recht behalten (siehe Seniorenheim Wegwarte). Es bleibt zu hoffen, dass diesmal unsere Bedenken mehr Gehör finden.

KPÖ gegen automatische Gebührenerhöhung

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Führung eines Sommerkindergartens beschlossen. Allerdings beinhaltet der Amtsvortrag auch eine automatische Wertsicherung des Tarifs nach dem Verbraucherpreisindex.

Die KPÖ ist natürlich für den Sommerkindergarten, für dessen Installierung wir uns eingesetzt haben. Aber wir sind nicht einverstanden damit, dass die Gebühren künftig durch die Wertsicherung automatisch ansteigen. Diese Tarifierhöhung kommt damit gar nicht mehr in den Gemeinderat und kann daher nicht mehr öffentlich diskutiert werden.

Deshalb haben wir den Antrag auf eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte gestellt. Leider haben SPÖ, ÖVP und FPÖ dem nicht zugestimmt. Zwar war die FPÖ der Meinung, diese Gebührenbeschlussfassung komme dennoch in den Gemeinderat. Doch das ist ein Irrtum. Wir haben uns extra noch einmal bei Stadtamtsdirektor Dr. Mario Zechner erkundigt: Es wurde auch eine automatische jährliche Preisanpassung mitbeschlossen.

Nach den Wasser- und Kanalgebühren steigen nun auch die Tarife des Sommerkindergartens jährlich nach dem Verbraucherpreisindex. Das haben SPÖ, ÖVP und FPÖ bei diesen Tarifen so beschlossen. Die Sozialleistungen der Gemeinde (z.B. Heizkostenzuschuss, Zuschuss zur Ferienaktion, Kautionsfonds...) unterliegen keiner automatischen Wertanpassung. Deshalb sollten auch die Gebühren nicht automatisch steigen, sondern nach Diskussion im Gemeinderat festgesetzt werden.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Donnerstag, 19. Jänner

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 12.00 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240



KPÖ-GR Franz Moharitsch hat im Gemeinderat auf die eine große Ausbuchtung im Bereich Kreuzung Schmittstraße aufmerksam gemacht. Die Gemeinde hat nun mitgeteilt, dass diese Gefahrenstelle beseitigt wurde. Wir bedanken uns für die rasche Umsetzung.

Photovoltaikanlage

In der vorletzten Gemeinderatssitzung wurde der Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Bauhofes gefasst. Nun wurde der konkrete Vertrag beschlossen. Die Gemeinde stellt die Dachflächen zur Verfügung. Sie bekommt dafür eine jährliche Miete in der Höhe von drei Prozent der jährlichen Stromvergütung und kann in 20 Jahren die Anlage übernehmen.

Betreiber der Anlage ist bis dahin die Firma Ökopo- wer. Finanziert soll das Projekt über private Anleger werden. Der Vertrag wurde einstimmig beschlossen. Die ÖVP und wir waren aber der Meinung, es wäre besser gewesen, die Gemeinde hätte das Vorhaben selbst durchgeführt, wie es z.B. die Gemeinde Spielberg getan hat.

Bäume Kameokastraße

Die Linden in der Kameokastraße im Bereich der Kärntnerstraße stehen unter Schutz. Sie stehen allerdings so nahe an der Grenze zu einem Privatgrundstück, dass bei den Bauarbeiten die Wurzeln stark beschädigt werden. Außerdem muss für die Verlängerung des Ingeringwegs, dort wo jetzt Bäume stehen, ein Versickerungskörper errichtet werden. Deshalb wurde der Beschluss gefasst die Bäume zu fällen, Ersatzpflanzungen werden vorgenommen. Die Zustimmung zum Fällen dieser Bäume ist uns nicht leicht gefallen, aber wir haben keine Alternative dazu gesehen. Denn Bäume mit beschädigten Wurzeln sind eine Gefahr.

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



BINDER
WILLKOMMEN BEI UNS!  **GMBH**

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße
A-8720 Knittelfeld
Tel.: 03512 / 820 25
office@bindergmbh.at
www.bindergmbh.at



Nur 0,8 Prozent Erhöhung: Der Pensionsraub geht weiter!

Die Pensionserhöhung fällt mit 0,8 Prozent heuer mehr als dürftig aus. Für MindestpensionistInnen sind das 6,66 Euro monatlich. Dazu wurde eine Einmalzahlung von 100 Euro beschlossen. Das entspricht 8,33 Euro pro Monat - das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Übrigens: Die Statistik Austria hat nach 15 Jahren mit Jänner 2016 die Berechnung des Preisindex für Pensionistenhaushalte eingestellt. Dieser Wert war nämlich regelmäßig höher als die offizielle Inflationsrate. Nun wird dieser Wert einfach nicht mehr erhoben.

Aber auch die „normale“ Inflationsrate (für 2017 rechnet die Nationalbank mit 1,5 Prozent) zeigt, dass eine Erhöhung von 0,8 Prozent völlig ungenügend ist. Die jetzige Pensionserhöhung birgt aber neben der Höhe noch andere Ungerechtigkeiten. Prozentuelle Erhöhungen sind ungerecht, da damit höhere Einkommen einen größeren Zuwachs haben. Fairer wäre ein fixer Mindestbetrag, z.B. mindestens 40 Euro mehr im Monat. Hinzu kommt noch, dass die 100 Euro nur eine Einmalzahlung sind. Dieser Betrag wird in die künftigen Pensionsberechnungen nicht miteinbezo-



gen und das bedeutet eine schlechtere Ausgangsbasis für künftige Erhöhungen.

Die PensionistInnen werden mit einer Pensionserhöhung abgespeist, die deutlich unter der Inflationsrate liegt. Das werden sie im Geldtascherl spüren – und dabei ist die offizielle Inflationsrate nur die halbe Wahrheit. Gerade die Dinge des täglichen Bedarfs und das Wohnen haben sich überdurchschnittlich verteuert.

Für viele PensionistInnen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, ist das tägliche Leben kaum mehr leistbar. Pensionen sind kein Almosen, sondern durch Arbeit erworbene Ansprüche. Eine Erhöhung von nur 0,8 Prozent ist eine soziale Schande.

KPÖ-Sozialfonds 2016



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher und DSA Karin Gruber.

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.

Seitdem die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden. Renate Pacher: „Es gibt diese Einkommensgrenze von 2.300 Euro für die KPÖ-MandatarInnen, denn wir sind der Meinung, PolitikerInnen sollen sich mit ihren Einkommen nicht von ihren WählerInnen abheben. Denn wie sollen sie mit riesigen Gehältern die Sorgen und Nöte der Menschen nachvollziehen können?“

KPÖ-Sozialfonds 2016

Bezirk Murtal

Rest von 2015	109,27 Euro
Einzahlungen:	
LAbg. Werner Murgg	4.680,00 Euro
Summe	4.789,27Euro
Ausgaben:	
Für 146 Unterstützungsfälle:	4.720,00 Euro
Saldo: als Plus für 2016	69,27 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 1.781 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 107.042,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2016: 122.733,40 Euro für 913 Personen.

Seit 1998 wurden 13.557 Personen mit einer Gesamtsumme von 1,815.718,82 Euro unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat.

Landtag: Antrag auf Senkung der PolitikerInnengehälter von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt

Mit 1.1.2017 werden die Bezüge der PolitikerInnen wieder erhöht. Im Landtag erneuerte die KPÖ deshalb ihre Forderung, die Bezüge in der Landespolitik um ein Drittel zu senken. Leider wurde unser Antrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

Erster Erfolg: Wohnunterstützung verbessert, aber kinderfeindliche Regelung bleibt – der Widerstand geht weiter

Mit 1. September trat unter dem Titel „Wohnunterstützung“ eine dramatische Verschlechterung der Wohnbeihilfe in Kraft. SPÖ und ÖVP haben ein höchst unsoziales Gesetz beschlossen. Seitdem haben sich viele verzweifelte Menschen an uns gewandt. Denn auf Wohnbeihilfe hatte nur Anspruch wer wenig Einkommen hat – und gerade bei den sozial Schwächsten wurde gekürzt.

Die KPÖ hat von Beginn an gegen dieses unsoziale Gesetz mobil gemacht. Wir haben in Graz eine Großdemonstration organisiert, mehrmals vor dem Landtag protestiert und eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen. Nun hat der Widerstand erste Erfolge gezeigt. Das Gesetz wird teilweise repariert.

Nun werden gegenüber der im September in Kraft getretenen Fassung einige Verschlechterungen zurückgenommen. Das wird vor allem BezieherInnen von kleinen Pensionen und Einkommen helfen. Auch die „Vermögensgrenze“ wird von 4.188 auf 10.000 Euro erhöht. Aber die heftig kritisierte Einberechnung der Familienbeihilfe als Einkommen bleibt weiterhin aufrecht.

Das ist für uns unannehmbar. Die Kinderbeihilfe ist für die Kinder gedacht. Sie als Einkommen zu werten, ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Das sieht auch der Grazer SPÖ-Alt-Bürgermeister Alfred Stingl so, der das Gesetz als „unhaltbar“ bezeichnet hat.



Sichtlich wenig Freude hatte SPÖ-Soziallandesrätin Doris Kampus als KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimek-Weithaler ihr im Landtag mehr als 9.600 Unterschriften übergeben. Wie konnte man nur ein so unsoziales Gesetz beschließen?

In der Landtagssitzung im Dezember hat die KPÖ die ersten 9.614 Unterschriften an die für die Wohnunterstützung verantwortliche SPÖ-Landesrätin Doris Kampus übergeben. Der Widerstand gegen dieses unsoziale Gesetz hat erste Früchte getragen. Aber solange die kinderfeindliche Einberechnung der Familienbeihilfe nicht zurückgenommen wird, zählen Kinder zu den Verlierern. Deshalb gehen unser Protest und die Unterschriftensammlung weiter.

Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen!

Hände weg von der Wohnbeihilfe!

Wir fordern:

- Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe
- Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

**Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240**